

Bürgerinitiative „Kein Überschwemmungsgebiet Berner Au“

Hamburg, den 26.01.2015

Pressemitteilung zu der Neuberechnung der Überschwemmungsgebiete

Wir erfahren die Neuigkeiten aus der Presse. Ein direkter Austausch mit uns betroffenen Bürgern über die geplanten Maßnahmen erfolgt weiterhin nicht.

So lesen wir also, dass neu gerechnet werden soll – nachdem wir sechs Monate gehört haben, alles sei richtig, alles müsse zwingend so sein, es gäbe keine Alternativen, die EU-Verordnung ließe nichts anderes zu.

Von Anfang an fordern wir Informationen über die Basisdaten ein, die den bisherigen Berechnungen zugrunde gelegt wurden.

Aus allen uns zugängigen Gutachten erfahren wir, dass es für das ÜSG Berner Au nördlich der Berner Allee keine Mess- oder Pegeldata gibt.

Schon die berechneten 10-jährigen Hochwasser-Ereignisse sind innerhalb der vergangenen 100 Jahre niemals vorgekommen - und beweisen, dass seriöse Hochrechnungen ohne Basisdaten unmöglich sind.

Nun soll ohne Basisdaten „noch genauer“ gerechnet werden?

Wer meint, wir seien im Karneval angekommen, irrt:

Parallel zum großen Rechnen gilt für uns die Unverkäuflichkeit und die Härte aller Maßnahmen, die schon seit der vorläufigen Festsetzung wirksam sind.

Die Politik sieht derweil keinen Grund zur Eile, uns zu entlasten.

Sollte die Berner Au jemals über die Ufer treten, so würde es sich **nicht** um eine Überschwemmung, sondern um eine Überflutung aus einem Abwasser-System handeln. Für diese wäre aber laut RISA (Regenwasser-Infrastruktur-Anpassung) die Stadt verantwortlich.

Anstatt sich aber für mögliche Infrastruktur-Probleme verantwortlich zu zeigen, leugnen SPD und BSU-Stadtentwicklungsabteilung, dass es im Fall der Berner Au um ein Abwasser-System und somit Stadtentwässerung geht.

Und widersprechen damit der BSU-Umweltabteilung.

Fakt ist: 22 km² Abwasser-Einzugsgebiet der Berner Au werden seit 80 Jahren erfolgreich durch stadtplanerische Maßnahmen entwässert und vor Überflutungen geschützt – obwohl sie seit 30 Jahren nicht mehr gepflegt werden!

(Unser Dank gilt den Stadtplanern längst vergangener Zeiten!)

Entsetzen herrscht allerdings weiterhin darüber, dass Herr Scholz lieber Bürger enteignen¹ lässt, als Geld für eine angemessene Infrastruktur bestehender Wohngebiete bereit zu stellen. Er möchte weiter bauen lassen ohne die Konsequenzen zu berücksichtigen.

Neue und sanierte Siele werden in Hamburg für vermutete 30-jährige Starkregen-Ereignisse bemessen. In unserem „Überschwemmungsgebiet“ findet die BSU, dass die Abführung eines 5-jährigen Ereignisses aus dem Gebiet ausreichend ist. So wohnen wir quasi im Staudamm-Gebiet der Berner Allee. Abwasser aus Volksdorf, Sasel, Meiendorf und Wellingsbüttel wird weiter zu uns geleitet, die Bebauung weiter verdichtet und der Abfluss soll so bleiben wie vor 80 Jahren.

Seit dem Sommer 2014 heißt die Neuinterpretation der SPD von Maßnahmen, die zum Schutz der Bürger gedacht waren, Überschwemmungsgebiet.

Die Daten dazu sind der BSU allerdings sehr wohl bekannt. Allein der Wille fehlt, daraus die logischen Konsequenzen zu ziehen – nämlich das Siele zu sanieren und gleichzeitig städtische, unbebaute Flächen als Retentionsflächen zu erhalten und dadurch bewohnte Gebiete zu schützen.

Die Stadt Hamburg verkündet durch die BSU nach dem Klimagipfel in bunten Broschüren, sie wolle die Entwässerungssysteme der Stadt entlasten und ein zukunftsfähiges Regenwassermanagement gewährleisten (Projekt RISA). Sie hat die Forderung der EU-Wasserrahmenrichtlinie befolgt und die BSU hat die Untersuchung der Berner Au beauftragt. Die Untersuchung hat ergeben, dass die Berner Au unter der fehlerhaften städtischen Abwasserplanung leidet und die zahlreichen Zuflüsse der Abwässer aus dem Bezirk Wandsbek in Rückhaltebecken gebremst werden müssen. Wir fordern die Umsetzung von RISA und Eu-WRRL!

Stattdessen versucht sich die Stadt der Verantwortung für die Wartung und Pflege des Abwassersystems zu entziehen, indem sie unsere Überflutung und Enteignung¹ mit Hilfe einer EU-Richtlinie legalisieren will, die nichts mit Abwassersystemen sondern mit reißenden Strömen wie Elbe, Oder, Donau zu tun hat.

Die neuen Berechnungen sind ein Placebo zum Ruhigstellen zu lauter Bürger, deren unangenehme Fragen den Wahlkampf der SPD stören.

Verantwortlich: Thomas Müller
 Susanne Fink-Knodel
 Yvonne Aubry
 Frank Herbert

)¹ Um rechtlichen Spitzfindigkeiten vorzubeugen: gemeint sind hier die **enteignungsähnlichen** Eingriffe in den Privatbesitz von Bürgern, die die Juristen der Stadt so ausgestalten wollen, dass die Eigentumswertgarantie des Grundgesetzes zu Lasten der Betroffenen umgangen wird.